

## Die Berater- und Beobachtergruppe der OSZE in Belarus

### *Der Auftrag*

### *Vorgeschichte*

Am 20. Juli 1994 wurde Alexander Lukaschenko nach demokratischen Wahlen als Präsident von Belarus vereidigt. Dies geschah auf der Grundlage der kurz zuvor in Kraft getretenen Verfassung, und zwar nach einem allen internationalen Beobachtungen zufolge demokratischen zweiten Wahlgang. Nach erbitterten politischen Auseinandersetzungen über die von ihm geforderten zusätzlichen Vollmachten für das Amt des Präsidenten wandelte er nach dem nur konsultativen Verfassungsreferendum vom 25. November 1996 das positive Votum für seinen zentristischen Entwurf - entgegen der Rechtsordnung und politischen Beschlußlage - in einen die obersten Staatsorgane bindenden Beschluß um und verkündete die neue Verfassung. Darüber hinaus löste er das 1995/1996 nach demokratischen Regeln weitgehend korrekt gewählte Parlament, den 13. Obersten Sowjet, auf und ernannte 110 loyale Mitglieder des alten Parlaments zu Mitgliedern der "Kammer der Deputierten". Zusammen mit dem Republik-Rat bildet sie die "Nationale Versammlung" (Parlament). Die Opposition wurde aus dem Parlament verdrängt und entmachtet, oppositionelle Kräfte aus Staatsämtern und Gerichten eliminiert. Mit der Aufhebung der Gewaltenteilung und der Akzentuierung der staatlichen Lenkungsfunktionen für die Wirtschaft sicherte sich Lukaschenko neben der umfassenden Kontrolle über den Staat und die gesellschaftlichen Entwicklungen zwei wichtige Pfeiler der Macht - die kollektiven landwirtschaftlichen Betriebe und die großen staatlichen Betriebe aus der Sowjetzeit. Mit der Wiederaufnahme der Produktion von Gütern aus sowjetischer Zeit wie Traktoren, Kühlschränken und anderen langlebigen Verbrauchsgütern für den russischen Markt gelang es ihm, einen wesentlichen Teil der jährlichen Energierechnung auf dem Wege des Tauschhandels auszugleichen. Mit dem Verzicht auf eine nur mit westlichen Unternehmen zu erreichende technische Modernisierung brachte Lukaschenko aber die belarussische Wirtschaft in zunehmende wirtschaftliche und damit auch politische Abhängigkeit von der Russischen Föderation. Auf den Feldern der äußeren und der inneren Sicherheit besteht eine sehr enge Zusammenarbeit. Das gilt auch für die Rüstungsindustrie. Der Verfassungscoup mit der Beseitigung der im Transformationsprozeß schon erreichten demokratischen Strukturen stieß in Belarus auf erheblichen

Widerstand - vor allem bei den Kommunisten, der Belarussischen Volksfront sowie bei den demokratischen Kräften der Mitte und auf dem linken Flügel des politischen Spektrums. Gestützt auf die in international vereinbarten Dokumenten der OSZE (vormals KSZE) festgelegten Ziele des Transformationsprozesses in Ostmitteleuropa sowie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, lehnten auch viele Regierungen in Europa und ebenso die USA und Kanada die Anerkennung der Ergebnisse des Verfassungscoups ab. Nach einem auf die Aufhebung der verfassungswidrigen Entscheidungen gerichteten, aber in der Sache fehlgeschlagenen Vermittlungsversuch der Europäischen Union und des Europarats im Frühjahr 1997 wurde vom Europarat der Belarus schon zugestandene Beobachterstatus suspendiert. Die Europäische Union stornierte das Ratifizierungsverfahren für das bereits unterzeichnete und von mehreren Mitgliedstaaten schon ratifizierte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Der Vertrag umfaßt auch ein Handelsabkommen herkömmlicher Art, das Partnerschaftsabkommen als solches ist jedoch wie die Abkommen mit den anderen Transformationsländern an den demokratischen Prozeß, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte im Partnerland gebunden. Die Europäische Kommission und die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten stellten mit ganz wenigen Ausnahmen die Entwicklungskooperation ein (Verbesserung grenzüberschreitender Einrichtungen, Auslaufen des Demokratisierungsprogramms).

In den letzten Monaten ist nach langwierigen Vorgesprächen eine Verständigung über ein kleines europäisches Programm im Werte von fünf Millionen Euro zur Förderung der Entwicklung der Zivilgesellschaft gefunden worden. Daß solche Programme mit der Zustimmung der Regierung in Belarus durchgeführt werden können, nimmt den im allgemeinen unter erheblichem regierungsseitigem Druck stehenden nichtstaatlichen Organisationen etwas von ihrer exponierten Stellung. Die Entwicklung einer offenen Zivilgesellschaft wird gleichsam zu einem Bestandteil der belarussischen Gesellschaftspolitik. Das ist für sich betrachtet schon ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Bei der Festlegung der Sanktionen gegen Belarus im Laufe des Jahres 1997 sagten die Europäische Union und die Regierungen der Mitgliedstaaten die Wiederaufnahme des vollen politischen Dialogs und der anderen substantiellen Beziehungen zu, sobald die Regierung in Minsk den demokratischen Reformprozeß wieder aufnehmen würde. Das ist bisher nicht geschehen. Möglicherweise findet es in Verbindung mit den Parlamentswahlen im Jahre 2000 statt, die nach beiden Verfassungen fällig werden.

Nach dem Fehlschlag der Vermittlungsversuche ergriff der Amtierende Vorsitzende der OSZE im Jahre 1997, der dänische Außenminister Niels Helveg Petersen, im Frühsommer die Initiative und schlug dem Ständigen Rat der OSZE die Bildung einer Berater- und Beobachtergruppe in Belarus vor. Mit

Zustimmung der belarussischen Regierung traf der Ständige Rat mit dem Beschluß Nr. 185 am 18. September 1997 eine entsprechende Entscheidung.<sup>1</sup> Die Gruppe erhielt ohne zeitliche Limitierung den Auftrag, die belarussischen Instanzen bei der Entwicklung demokratischer Institutionen zu unterstützen und die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen durch Belarus zu beobachten. Erst nach mehrmonatigen Verhandlungen gelang es schließlich am 18. Dezember 1997, zwischen dem damaligen Generalsekretär der OSZE, Giancarlo Aragona, und dem belarussischen Außenminister Iwan Antonowitsch eine Übereinkunft über den diplomatischen Status der Berater- und Beobachtergruppe sowie ihre Rechte zu erzielen. Die russische Regierung hatte der belarussischen Regierung die Annahme der Vereinbarung (*Memorandum of Understanding*) nahegelegt.<sup>2</sup> Die Berater- und Beobachtergruppe unter Leitung von Botschafter Hans-Georg Wieck (Deutschland) hat diplomatischen Status, Zugang zu allen Einrichtungen des Landes und kann von jedermann aufgesucht werden. Neben dem Leiter sind vier weitere entsandte Mitarbeiter und eine nicht begrenzte Anzahl von im Lande rekrutierten Mitarbeitern in der "Mission" tätig. Als erstes Aufgabenpaket definierte Außenminister Petersen am 18. Dezember 1997 folgende Punkte:<sup>3</sup>

- fachliche Beratung bei der Gesetzgebung auf Gebieten mit Bezug zur Demokratie und rechtsstaatlichen Entwicklung;
- Beobachtung und Beratung bei der Anwendung der belarussischen Gesetzgebung;
- Unterstützung der Ausbildung amtlichen und nichtamtlichen Personals auf dem Gebiet der Menschenrechte und
- beratende Tätigkeit bei der Entwicklung demokratischer Einrichtungen, wie zum Beispiel der eines Ombudsmanns, einer Schiedsinstanz in Streitfällen zwischen Bürgern und Behörden.

Nach einem ersten Gespräch mit Präsident Lukaschenko beim Neujahrsempfang in Minsk am 13. Januar 1998 nahm die Gruppe ihre Tätigkeit Anfang Februar auf. Die Dienststelle befindet sich in dem vor einigen Jahren vom "Internationalen Begegnungs- und Ausbildungszentrum", Dortmund, errichteten Konferenz- und Hotelzentrum an Rande der Stadt. Dort führen zahlreiche diplomatische Missionen und Wirtschaftsunternehmen sowie nichtstaatliche Organisationen Konferenzen und Ausbildungsprojekte zur Förderung der demokratischen Transformation und Zivilgesellschaft in

---

1 Vgl. OSZE, Ständiger Rat, 129. Plenarsitzung des Rates, PC-Journal Nr. 129, Punkt 1 der Tagesordnung, Beschluß Nr. 185, PC.DEC/185, 18. September 1997.

2 Vgl. Memorandum of Understanding between the Government of Belarus and the Organization for Security and Co-operation in Europe on the OSCE Advisory and Monitoring Group in Belarus, Kopenhagen, 18. Dezember 1997.

3 Vgl. Dokument CIO.INF/26/97 vom 18. Dezember 1997.

Belarus durch. Am 27. Februar 1997 besuchte der Amtierende Vorsitzende der OSZE im Jahre 1998, der polnische Außenminister Professor Bronislaw Geremek, in Begleitung von Vertretern der beiden anderen Troika-Staaten (Dänemark und Norwegen) Minsk. In Gesprächen mit Außenminister Antonowitsch und in einer Konferenz am Sitz der Beratergruppe betonte Geremek, daß Belarus grundsätzlich integraler Bestandteil der Familie der europäischen Staaten und Demokratien sei. Er hoffe, daß es auch als eine demokratisch verfaßte Nation seinen angestammten Platz in Europa wieder werde einnehmen können. Geremek kritisierte die Verfolgung politischer Opponenten im Lande.

#### *Die Haltung der politischen Opposition zur Berater- und Beobachtergruppe der OSZE in Belarus*

Die politische Opposition im Lande, die ja keinen Zugang zu Massenmedien hat und in den staatlichen parlamentarischen Einrichtungen nicht vertreten ist, begrüßte die Entsendung der OSZE-Berater- und Beobachtergruppe, brachte aber Zweifel daran zum Ausdruck, ob auf diesem Wege eine Rückkehr zur Verfassung von 1994 und eine Entwicklung hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erreicht werden könnten. Die OSZE-Gruppe in Minsk werde, wie aus Oppositionskreisen verlautete, als ein "Feigenblatt" von der Regierung mißbraucht werden, um international und national den Anschein der Demokratie zu vermitteln und die Einrichtungen des autokratischen Staates als demokratisch zu deklarieren.

#### *Die OSZE im Spannungsfeld zwischen dem autoritären Regime und den Verteidigern der demokratischen Verfassung von 1994*

#### *OSZE - Symbol der friedlichen Streitbeilegung*

Das Spektrum der Strategien und Instrumente, die der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bei der Bewältigung von internen oder grenzüberschreitenden Problemen der Sicherheit, des Minderheitenschutzes sowie der Demokratie und Menschenrechte zu Gebote stehen, umfaßt ausschließlich friedliche Mittel. Der Einsatz von militärischer Gewalt ist ausgeschlossen. Bezogen auf Belarus, bedeutet dies zu versuchen, zwischen verfeindeten politischen Kräften - dem Lager Lukaschenkos einerseits und dem Lager der sich Lukaschenko widersetzenden Mitglieder des 13. Obersten Sowjets sowie den oppositionellen politischen Parteien andererseits - einen Weg zur Verständigung über einen neuen politischen Konsensus zu finden, der dem Land inneren politischen Frieden bringt und

ihm die Rückkehr in den Kreis der europäischen Demokratien ermöglicht, einen inneren Frieden, der nur auf der Grundlage

- von Rechtsstaatlichkeit,
- einer demokratischen Staatsordnung mit Gewaltenteilung und einem demokratisch legitimierten Präsidenten,
- eines aus demokratischen, freien und international anerkannten Wahlen hervorgegangenen Parlaments und
- des Schutzes der individuellen Menschenrechte

gedeihen kann.

Die Entsendung der OSZE-Mission wurde von der Opposition mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Das fünfköpfige Präsidium des 1995/1996 gewählten 13. Obersten Sowjets unter dem Vorsitz von Semjon Scharezki zog aus dem ungesetzlichen Verfahren, mit dem Lukaschenko seine Machtbasis auf dem Wege des umstrittenen Referendums verstärkt, die opponierenden politischen Kräfte ausmanövriert und sie zur Marginalie im politischen Geschehen gemacht hatte, den Schluß, daß nur die Rückkehr zur Verfassung von 1994 die politische Wende herbeiführen kann. Er stützt sich auf die Anerkennung des 13. Obersten Sowjets durch die Parlamentarische Versammlung der OSZE als demokratisch gewähltes parlamentarisches Organ. Belarus wird weiterhin durch den 13. Obersten Sowjet, dessen Legislaturperiode Ende 2000 ausläuft, in der Versammlung vertreten. Der Europarat suspendierte den Beobachterstatus von Belarus. Die Forderung der Europäischen Union und des Europarats nach Rückkehr von Belarus zur Demokratie, d.h. zur Verfassung von 1994, machte aus der innenpolitischen auch eine internationale Krise, ohne daß Aussicht auf eine befriedigende Lösung des Konflikts auf dem Wege über die Ausübung internationalen wirtschaftlichen und politischen Drucks besteht - im Gegenteil.

Die Russische Föderation fand sich mit der neuen verfassungsrechtlichen Lage in Belarus ab und baute die Beziehungen im inneren und äußeren sicherheitspolitischen Bereich aus. Nachdem Lukaschenko zu der aus sowjetischen Zeiten bekannten Mobilisierungswirtschaftspolitik zurückgekehrt war - mit subventionierten Krediten, mit administrativ festgelegten Produktionszielen und mit Preisen unabhängig von der Marktlage und der tatsächlichen Kostenstruktur von Produktion und Handel -, konnten mit der Russischen Föderation privilegierte Bedingungen für die unerläßlichen Erdöl- und Erdgaslieferungen ausgehandelt werden. Die Bezahlung für jährliche Lieferungen von zehn Millionen Tonnen Erdöl - oder äquivalente Erdgaslieferungen - erfolgt nach den geltenden Verträgen zu 70 Prozent auf dem Wege von Warenlieferungen und in Höhe von 30 Prozent der Rechnung mit Hartwährung. Tatsächlich liegen die Zahlungen in harter Währung weit darunter und erreichen zur Zeit nur etwa acht Prozent der Gesamtkosten.

Schuldendienstregelungen - es handelt sich um Rückstände in Höhe von rund 500 Millionen US-Dollar - werden immer wieder notwendig. Eigentumstitel an belarussischen Betrieben werden auf russische Gläubiger übertragen.

Mit welcher Strategie sollte die OSZE an eine solche Lage herangehen, um auf dem Wege einer substantiellen Beratung dem Land bei der Wiederaufnahme des Transformationsprozesses zu demokratischen Institutionen und bei der Rückkehr zur Rechtssicherheit behilflich sein zu können?

#### *Gesetzgebung nach europäischen Standards*

Im Zuge der Beratung staatlicher Stellen wurde der Versuch unternommen, eine den europäischen Standards entsprechende Gesetzgebung für Wahlen, für das Amt eines Ombudsmanns und die Strafrechtsordnung sowie zur Öffnung der elektronischen Massenmedien für die Opposition zu erreichen. Sachverständige aus vielen Teilen Europas und aus den USA wurden herangezogen. Hunderte von Seiten von Gesetzestexten und Gesetzeskommentaren wurden aus dem Russischen ins Englische und aus dem Deutschen, Englischen und Französischen ins Russische übertragen. In zahllosen Sitzungen wurden mit den verschiedenen an der Vorbereitung neuer Gesetze beteiligten Stellen Gesetzestexte verglichen und die Konzepte von Gesetzen europäischen Standards erörtert. Am Ende des Weges wurden die den europäischen Standards entsprechenden Texte vom Präsidenten oder der Präsidialverwaltung verworfen. Die Berater- und Beobachtergruppe mußte beispielsweise im Januar 1999 in ihrer Stellungnahme zu dem zwischenzeitlich verabschiedeten Gesetz über die Gemeinde- und Regionalwahlen feststellen, daß dieses Gesetz den Kriterien der OSZE (Kopenhagener Dokument Juni 1990) nicht entspricht. Es mangelt an der Unabhängigkeit und an einer gesellschaftlich und politisch repräsentativen Zusammensetzung der Wahlkommissionen sowie an hinreichenden Sicherheiten gegenüber Wahlmanipulationen durch einen omnipotenten und allgegenwärtigen Staat. Manipulationsmöglichkeiten eröffnen sich z.B. angesichts der langen Zeitspanne für die Stimmabgabe vor dem eigentlichen Wahltag. Im Sommer 1999 mußte dieser kritische Kommentar gegenüber dem neuen Entwurf für die Gesetzgebung zu den Parlamentswahlen des Jahres 2000 wiederholt werden.

#### *Die Entwicklung der Dialogfähigkeit zwischen politischen Opponenten*

Angesichts der geringen Aussichten auf substantielle Verbesserungen in den mit den offiziellen Stellen erörterten Gesetzentwürfen für demokratierelevante Bereiche (Wahlen, Ombudsmann, Medien) eröffnete die Beratergruppe ein zweites Feld der Beratung. Auf dem Wege von

international besetzten Seminaren soll der Gedanke des Dialogs zur Überwindung von innenpolitischen Konfliktsituationen in das Bewußtsein der an den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen Beteiligten und somit in das politische Bewußtsein von Belarus eingeführt werden. Die friedliche Streitbeilegung und der Interessenausgleich zwischen mit demokratischen Mitteln um die Macht ringenden Kräften des Landes sollte gefördert werden. Eine erste Konferenz befaßte sich im Frühjahr 1998 mit der Bedeutung "Freier und Fairer Wahlen" für Belarus, eine zweite im September 1998 mit dem Zusammenhang zwischen "Marktwirtschaft, sozialer Sicherheit und pluralistischer Demokratie". Die Bemühungen um Pressefreiheit stellte die Berater- und Beobachtergruppe unter das Motto "Freie Rede - ohne Furcht". Schließlich wurde eine Konferenz über die "Moderne Informationsgesellschaft" durchgeführt. Ausbildungskurse für Rechtspfleger (*Public Defenders*) und Schulungskurse über Menschenrechte an Polizeiakademien gehören zur Routine. Die Berater- und Beobachtergruppe hat in ihren eigenen Büros eine Rechtsberatung aufgebaut und wird von zahllosen Bürgern des Landes aufgesucht. Gerichtsverhandlungen, Untersuchungsgefängnisse und Strafvollzugsanstalten werden ebenso besucht wie Inhaftierte und Verurteilte. Auch werden die Familien von politischen Gefangenen betreut. Gerichte und Ministerien werden auf Verletzungen der Strafgesetzgebung und der Strafprozeßordnung in konkreten Fällen aufmerksam gemacht. Das Gespräch mit der Opposition gestaltet sich schwierig: Die Opposition verlangt eine offene Auseinandersetzung mit der Lukaschenko-Regierung. Der größte Teil der Opposition boykottierte aus durchaus verständlichen Gründen die Provinz- und Kommunalwahlen im Frühjahr 1999. Die beiden konkurrierenden kommunistischen Parteien sowie die Liberaldemokratische Partei, die sich von einer Mitläufer- zu einer Oppositionspartei gemausert hat, nahmen an den Lokalwahlen im April 1999 teil, mußten aber zahllose Diskriminierungen erdulden. Die demokratischen Parteien sowie nichtstaatliche Organisationen beteiligten sich an den Wahlen vereinzelt in Städten und Gemeinden mit örtlich angesehenen Kandidaten. Teile der Opposition schlagen im Ringen um die Rückkehr zur Demokratie oder um deren Entwicklung einen anderen Kurs als die OSZE ein: den der offenen Konfrontation. Dieser Weg wird meist auch von den nichtstaatlichen Organisationen gewählt, die sich auf materielle Unterstützung aus dem Westen stützen können. Mit Blick auf den Ablauf der demokratisch legitimierten Amtsperiode des Präsidenten am 20. Juli 1999 beschloß der 13. Oberste Sowjet am 10. Januar 1999 gegen den erklärten Willen der Staatsführung, alternative Präsidentschaftswahlen am 16. Mai 1999 durchzuführen. Nach der neuen Verfassung sind die Präsidentschaftswahlen erst im Jahre 2001 fällig. Die Zentrale Wahlkommission des 13. Obersten Sowjets organisierte unter dem Vorsitz von Wiktor Gontschar die Ausschreibung der Wahlen und der einzelnen

Prozeduren, z.B. zur Auswahl von Präsidentschaftskandidaten, unter den erschwerten Bedingungen fehlender personeller und administrativer Infrastrukturen. Es gelang den beiden Kandidaten - Sianon Pasniak und Michail Tschigir - die jeweils erforderlichen 100.000 Unterschriften für ihre Kandidatur in den Präsidentschaftswahlen zu sammeln, aber der Wahlgang am 16. Mai 1999 selbst und in der Vorlaufzeit wurde zu einer Katastrophe für die Opposition. Tschigir, der frühere Ministerpräsident von Präsident Lukaschenko (1994-1996), wurde Ende März 1999 unter dem Verdacht massiven Betrugs verhaftet und wird seither festgehalten, ohne daß bisher Anklage erhoben wurde. Tschigir war und ist für viele Belarussen ein politischer Hoffnungsträger. Er ist ein erfahrener Administrator und kennt sich in Wirtschafts- und Finanzfragen aus. Der im Ausland lebende Pasniak ist der umstrittene Vorsitzende der Ende der achtziger Jahre gegründeten "Belarussischen Volksfront" (BPF). Er bezichtigte Tschigir der zu großen politischen Nähe zu russischen Interessen und kritisierte Gontschar wegen massiver Wahlmanipulation. Der Versuch, mit Wahlhelfern fast acht Millionen Wähler zu aktivieren und an den Haustüren zur Stimmabgabe zu bewegen, scheiterte. Die sich zur Demokratie bekennenden Bürger und politischen Parteien wurden durch den Wahlbetrug, der von der Zentralen Wahlkommission unter Gontschar betrieben wurde, desavouiert. Am Ende mußte Gontschar, der auf die Beteiligung von mehr als 56 Prozent der Wähler abstellte, die Wahl für ungültig erklären - auch ein Ausweg, um keinen Sieger bekanntgeben zu müssen. In letzter Minute hatte Pasniak unter Protest gegen die Wahlmanipulationen seine Kandidatur zurückgezogen. War das vielleicht von vornherein seine Absicht gewesen? Einen nächsten Rückschlag erlitt die Konfrontationsstrategie der Konstitutionalisten, also der Protagonisten des 13. Obersten Sowjets, bei dem Versuch, Lukaschenko am 21. Juli 1999 zum illegalen Usurpator zu erklären und Scharezki - den Vorsitzenden des 13. Obersten Sowjets nach der Verfassung von 1994 - zum neuen Staatsoberhaupt zu bestimmen. Mit dem prozeduralen Mittel der Mandatsüberprüfung wurde die Entscheidung in dieser Frage auf der von etwa 40 Abgeordneten besuchten Sitzung des 13. Obersten Sowjets am 21. Juli 1999 zurückgestellt. Scharezki deutete in etwas verklausulierter Form die Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem Inhaber der Macht, Lukaschenko, über freie und faire Wahlen an. Die Gespräche sollten durch die OSZE moderiert werden, heißt es.

*Die Zusammenarbeit zwischen der OSZE-Berater- und Beobachtergruppe in Belarus mit der Belarus-Arbeitsgruppe der Parlamentarischen Versammlung der OSZE*

Mit der Bildung einer eigenen Belarus-Arbeitsgruppe unter Vorsitz des früheren rumänischen Außenministers Adrian Severin im Juli 1998 ergriff die Parlamentarische Versammlung der OSZE eine eigene politische Initiative mit dem Ziel, der Berater- und Beobachtergruppe, gleichsam der regierungsseitigen Beratergruppe der OSZE in Belarus, eine parlamentarische Unterstützung zur Seite zu stellen. Das Zusammenwirken des parlamentarischen und des regierungsseitigen Arms der OSZE hat sich als sehr wirkungsvoll erwiesen. Nach einem von Severin initiierten informellen Treffen mit der Opposition, den nichtstaatlichen Organisationen sowie den offiziellen Gewerkschaften, das im Juni 1999 in der Nähe von Bukarest stattfand, gelang bei einem weiteren Besuch in Minsk im Juli 1999 ein prozeduraler Durchbruch bei der Suche nach Wegen für freie und faire, auch international anerkannte Parlamentswahlen im Jahre 2000. In Gesprächen mit dem Präsidenten, den Vertretern der offiziellen parlamentarischen Institutionen sowie mit der Opposition, vertreten durch den 13. Obersten Sowjet und die politischen Parteien, aber auch mit nichtstaatlichen Organisationen, Gewerkschaften und Medien, wurde ein pragmatischer Weg für die Ausarbeitung der Grundlagen eines den OSZE-Standards entsprechenden Gesetzes für freie, faire und demokratische Parlamentswahlen im Jahre 2000 grundsätzlich vereinbart. Unter Moderation durch die OSZE sollen Regierung und Opposition diese Grundlagen aushandeln, wobei nichtstaatliche Organisationen als Berater und Fachleute ohne Stimmrecht mitwirken. Falls es zu substantiellen Ergebnissen kommt, könnten diese in einem politischen Gespräch auf höchster Ebene am "runden Tisch" verabschiedet werden.

Ohne einen hinreichenden Zugang der Opposition zu den elektronischen Massenmedien, die heute - entgegen dem Monopolverbot der Verfassung - unter der ausschließlichen Kontrolle der Regierung stehen, und ohne Beendigung des Kampfes der Regierung gegen die politische Opposition in Form von Strafprozessen - wie im Falle des Oppositionskandidaten für das Amt des Präsidenten bei den von der Opposition im Frühjahr organisierten alternativen Präsidentschaftswahlen und in zahlreichen anderen Fällen geschehen - wird der Verhandlungsprozeß allerdings kaum Gestalt annehmen können. In zahlreichen Erklärungen der Opposition und auf der internationalen Ebene wird dieser Punkt besonders hervorgehoben. Es handelt sich um die Herstellung eines Mindestmaßes an beiderseitigem Vertrauen, das damit erreicht werden muß. Der Regierung sollte dies verständlich sein, steht doch auch eine Gipfelkonferenz der OSZE im

November 1999 in Istanbul auf dem Terminkalender der kommenden Monate, an dem auch Lukaschenko teilnehmen wird.

### *Isolierung und Vertrauensbildung*

Mit den hier dargestellten Schritten - Verhandlungen über freie und faire, international anerkannte Wahlen, Einstellung der Strafverfolgung aus politischen Motiven und Öffnung der elektronischen Massenmedien für die Opposition - kann die politische Isolierung überwunden werden. Diese Schritte sind auch essentielle Bestandteile der von Lukaschenko nach seinen Erklärungen am 3. Juli 1999 eingeleiteten Verbesserung der Beziehungen zu den westlichen Ländern. Die ergebnisorientierten Gespräche im Juli haben die Konturen eines Kompromisses im Interesse der inneren Demokratisierung und der Wiederherstellung eines tragfähigen und durch konkrete Inhalte ausgefüllten Verhältnisses des Landes zur Europäischen Union und zu den Vereinigten Staaten erkennen lassen. Es ist unbestritten, daß die Erneuerung der weißrussischen industriellen Basis - der Hauptquelle für das Einkommen des Landes - nur mit westlicher Technologie, westlichem Kapital und westlichem unternehmerischem Engagement möglich sein wird. Die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation reicht gerade aus, um das Land auf dem Wege verbilligter Energieversorgung und eines regen Tauschhandels am Leben zu halten. Die Union zwischen der Russischen Föderation und Belarus ist, wenn man einmal von irrealen und hochfliegenden Plänen einer gemeinsamen Präsidentschaft mit Exekutivkompetenzen absieht, eine Planung, die ökonomisches Augenmaß haben sollte.

Die Berater- und Beobachtergruppe setzt zunehmend auch Mittel der Europäischen Union sowie freiwillige Beiträge von Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten ein, um den Demokratisierungsprozeß durch die Stärkung der Zivilgesellschaft zu fördern. Dazu gehören besondere Projekte für die Europäisch-Humanistische Universität in Minsk und zur Ausbildung im Bereich der politischen Parteien mit dem Ziel, die Entwicklung einer pluralistischen politischen Struktur zu fördern. Die OSZE organisiert auch Konferenzen im Lande, um die Entwicklung der lokalen Selbstverwaltung und die rechtlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen durch internationale, grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu stärken. In Zusammenarbeit mit der Regierung von Belarus hat die Europäische Union nun auch ein Programm im Werte von fünf Millionen Euro für die Entwicklung der Zivilgesellschaft auflegen können, das über das Büro von TACIS (*Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States*) abgewickelt werden soll. Auch dies ist ein Beispiel für die wachsende Bedeutung des Dialogprinzips anstelle der Methoden der Konfrontation. Gleichwohl, auch die Politik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten bleibt davon bestimmt, daß Fortschritte an die Realität

aktiver Schritte der Regierung gebunden sind, die zur Vertrauensbildung und zu einem substantiellen Dialog führen.

Von Vertrauensbildung, einem der wichtigsten Prinzipien der OSZE, ist in Belarus lange nicht mehr gesprochen worden. Der gegenüber der Öffentlichkeit verborgen gehaltene Machtapparat mit und im Umfeld von Präsident Lukaschenko, ein Apparat, der selbst durch Machtkämpfe gezeichnet ist, wirkt nicht vertrauensbildend. Die bevorstehenden Verhandlungen über das Wahlgesetz zu den Parlamentswahlen 2000 und andere damit in Verbindung stehende Komponenten können selbst ein vertrauensbildendes Instrument sein - das wichtigste, das möglicherweise in Belarus Geschichte machen wird.